

## Panel: Weltwirtschaft im Umbruch

**Prof. Dr. Peter Bofinger**, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg und Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung

**Ulrich Grillo**, Vorsitzender des Vorstandes der Grillo-Werke AG und Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle sowie Vize-Präsident des BDI

**Jean-Claude Juncker**, Premierminister des Großherzogtums Luxemburg und Vorsitzender der Euro-Gruppe der Finanzminister der Euro-Staaten

**Peter Klein**, Referatsleiter „Industriesektoren“ der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission

**Christian Vollbeh**, Mitglied des Vorstandes von Coface Deutschland

**Moderation: Winand von Petersdorff-Campen**, stellvertretender Ressortleiter Wirtschaft der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

In seinem Impulsvortrag bestätigte Prof. Dr. Peter Bofinger die Diagnose eines Umbruchs, der auf das Scheitern des bisherigen Geschäftsmodells der Weltwirtschaft zurückzuführen sei. Bis 2007 sei die globale Konjunktur von massiven Ungleichgewichten angetrieben worden. Die eine Hälfte der Welt habe hinsichtlich der privaten Verschuldung massiv über ihre Verhältnisse, die andere Hälfte massiv unter ihren Verhältnissen gelebt. Das Bankensystem habe die Überschüsse der einen Hälfte in den Immobiliensektor der anderen Hälfte transformiert. Jetzt werde überall die private Ersparnis erhöht. Dafür habe sich der Staatssektor verschuldet, der 2007 noch relativ wenig verschuldet war. „Exzessive private Verschuldung wurde von exzessiver staatlicher Verschuldung abgelöst.“ Das sei jedoch nicht nachhaltig. Mehr und mehr Staaten erreichten die Grenzen ihrer Verschuldungsfähigkeit.

Bofinger schloss daraus, dass ein neues Geschäftsmodell kommen müsse, daher sei die Weltwirtschaft tatsächlich im Umbruch. Die Staaten führten nun

ihre Defizite wieder zurück, die private Nachfrage müsse erst in Gang kommen. Daher sei es verwunderlich, dass der IWF für die kommende Zeit so optimistisch sei. Zudem werde die Geldpolitik wieder restriktiver. Die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern (Euro-Raum, USA) sei massiv angestiegen, die Verbrauchsneigung und die Verschuldung der privaten Haushalte würden gedämpft. Massiv steigende Rohstoffpreise zögen Kaufkraft vom Einzelhandel ab.

Die robuste US-Konjunktur wirke sich inzwischen negativ aus, da es in anderen Ländern wegen eines Vertrauensverlustes in die Nachhaltigkeit des Aufschwungs zu Aufwertungen gegenüber dem US-Dollar komme. Inflationsängste seien bei weitem übertrieben, so betrage die Inflationsrate derzeit 2,8% im Euro-Raum, das sei ein Niveau wie zu D-Mark-Zeiten. Zudem sei der Preisanstieg nicht nur durch höhere Rohstoffpreise sondern auch durch Verbrauchsteuererhöhungen in den Krisenländern ausgelöst worden. Hohe Liquidität und niedrige Zinsen kurbelten die Kreditvergabe nicht an, daher gebe es



Das Panel diskutierte die Konsequenzen der Schuldenkrise der Industrieländer und der zunehmenden Rohstoffnachfrage der Schwellenländer.

auch keine akute Inflationsgefahr. Die geringe Zunahme der Geldmenge im Euro-Raum von etwas mehr als 2% liege unter der EZB-Vorgabe von 4,5%.

Mit Blick auf einzelne Länder verdeutlichte Bofinger seine vorsichtige Konjunkturprognose: In den USA gebe es keine Erholung der Immobilienpreise, dafür eine hartnäckige Arbeitslosigkeit und nur schwache Nachfrageimpulse. In China bezeichne selbst der Premierminister die Entwicklung als „ultimately unsustainable“. Die Häuserpreise seien, bezogen auf das Einkommen, bereits ziemlich hoch, die Kreditvergabe werde eingedämmt. Die Industrieproduktion und der Autoabsatz schwächelten. Allerdings regiere in China ein kluger Staat, der die Dinge im Griff habe. Auch in Deutschland bleibe der Einzelhandel schwach, es kämen nur geringe Impulse vom Bau, trotz der zuletzt günstigen Entwicklung sei Deutschland kein Wachstumstreiber für den Euro-Raum.

Für die GIPS-Länder Griechenland, Irland, Portugal und Spanien sieht Bofinger keine gute Perspektive, selbst bei gutem Verlauf der Anpassung. Der Schuldenstand sei in einigen Ländern selbst bei weiterer

Konsolidierung nicht nachhaltig. Es sei ein grundsätzlicher Ansatz, ein neues Konzept für den Euro-Raum nötig. Wohl und Wehe der Währungsunion habe man vom Urteil der Finanzmärkte abhängig gemacht. „Wenn die Märkte schlecht drauf sind, fällt Spanien raus“, warnte Bofinger. Das mache die Währungsunion anfällig. Der einzige Ausweg seien Euro-Bonds, man müsse den Finanzmärkten das Heft aus der Hand nehmen.

In der anschließenden Diskussion bewertete Jean-Claude Juncker die Rettungsmaßnahmen für die Schuldenländer in Europa durchaus kritisch, man habe aber nicht grundsätzliche Fehler gemacht. In Griechenland fehle der politische Konsens zur Durchführung der Anpassungsprogramme, der in Portugal wieder zustande gekommen sei. Der Zeitraum der Anpassung sollte gestreckt werden, damit keine zu starke Dämpfung eintrete. Dies solle aber keine Lockerung der Sparanstrengungen provozieren. Gefahr für den „europäischen Gedanken“ drohe von der Reformmüdigkeit im Süden und der Solidaritätsmüdigkeit im Norden. Solidarität sei kein karitativer Ansatz sondern eine Ergänzung von Solidität.

Peter Bofinger plädierte ebenfalls für einen behutsamen Ansatz beim Einsatz von Sparprogrammen, um nicht in einen Teufelskreis von Konsolidierung und Deflation wie während der ersten Weltwirtschaftskrise zu geraten. Positive Komponenten und Impulse zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit seien notwendig – vielleicht so etwas wie ein Marshallplan.

Jean-Claude Juncker verlangte eine Konsolidierung, aber auch Wachstumsimpulse für die in Not geratenen Länder. Wie könne man das Wachstumspotential nach oben korrigieren, fragte er. Auch in Deutschland sei dies zur Sicherung der Altersversorgung notwendig. Das Konzept Euro Plus messe Wettbewerbsfähigkeit unter Einbeziehung der Infrastruktur, damit staatliche Investitionen angemessen berücksichtigt würden. Die Griechen seien bereit, zu sparen, vermissten aber eine positive Perspektive und moralische Unterstützung. Es falle schwer, Renten von 500 Euro weiter zu kürzen.

Eine Umschuldung wäre für Juncker und Bofinger eine große Katastrophe, da sie unkalkulierbare Ansteckungseffekte zur Folge hätte. Wenn man sie in Betracht zöge, dann nur mit einem klaren Plan zur Unterstützung, meinte Bofinger. Wie bei alten Gebäuden müsse grundsaniiert und abgestützt werden, bevor tragende Teile herausgenommen würden. Euro-Bonds sicherten das System intern ab, die Euro-Zone sei schließlich stabiler als die USA. Wenn Europa als Einheit auftrete, dann sei es stabil. Eine fiskalische Überwachung sei dann jedoch nötig. Die Länder müssten ihre Budgets von der EU-Kommission genehmigen lassen.

Christian Vollbehr wies auf einen entscheidenden Trend in der Länderbewertung hin: Man beobachte eine steigende Bonität der Schwellenländer im Vergleich zu den schwächeren Industrieländern (PIGS). Unterschiedliche Verschuldungsquellen in China (Inland) und Brasilien (Ausland) müssten beachtet werden. Das Zahlungsverhalten in China weise seit Jahren einen positiven Trend auf, der Verschuldungsgrad nehme aber zu, und die Zahlungsziele würden

stärker ausgeschöpft. Eine Verknappung des Kapitals würde vor allem kleinere Unternehmen treffen.

In der Diskussion um die Rohstoffversorgung betonte Ulrich Grillo, dass die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie abhängig sei von der ausreichenden Versorgung mit Rohstoffen. Die wachsende Weltbevölkerung und die begrenzte Verfügbarkeit von Rohstoffen würden zum Problem. Peter Klein sah darin ein aktuelles Problem, das auch durch die Krise nur kurz verdeckt wurde. Durch zunehmenden Verbrauch habe sich der Rohstoffmarkt vom Käufer- zum Verkäufermarkt entwickelt. Die Einführung von Handelsrestriktionen durch Staaten wie Ausfuhrzölle, für die die WTO kein Instrumentarium habe, verschaffe inländischen Unternehmen Vorteile.

Peter Bofinger tat sich schwer, die derzeitige Exportentwicklung zu erklären. „Das Beste dürfte hinter uns liegen“, meinte er. Verantwortlich für die schlechteren Aussichten seien die Abschwächung in China und Brasilien (Wechselkurs) sowie der hohe Euro-Kurs. Die Auftragseingänge signalisierten bereits geringere Auslandsverkäufe.

Ulrich Grillo erwartete langfristig steigende Metall- und Rohstoffpreise, die industriellen Wertschöpfungsketten müssten sich daran anpassen. Die Kalkulation werde zudem kurzfristiger. Der Engpass bei seltenen Erden, der durch das Monopol der Chinesen entstanden sei, werde durch Erschließung anderer Vorkommen in 2 bis 3 Jahren überwunden. Schwierig werde es, wenn Märkte nicht funktionierten. Mit Preisschwankungen könnten die Unternehmen umgehen.

Peter Klein beschrieb die Rohstoffinitiative der Bundesregierung als Absicherung der Versorgung, sie sei nicht Ausdruck eines neuen Kolonialismus (den gebe es eher seitens Chinas). Man müsse Ersatzmöglichkeiten für knappe Rohstoffe erforschen und Regeln für Rohstoffexporte entwickeln. Kein Land sei autonom, sondern alle seien von Rohstoffimporten abhängig. Lösungen sollten im Rahmen der G20 entwickelt werden, damit die Märkte funktionieren könnten.